



Chinas Rentensystem

Zwischen erdrückenden Altlasten und demografischer Zeitbombe

27. Juni 2006

Chinas Rentensystem muss dringend reformiert werden. Zwar wurde es seit seiner Einführung in den 50er Jahren schon etlichen Eingriffen unterzogen, doch die Probleme bleiben. Die durch die Ein-Kind-Politik entstandene demografische Zeitbombe erhöht den Reformdruck.

Aufgrund des niedrigen Renteneintrittsalter könnte die demografische Zeitbombe schneller als bisher angenommen explodieren. China ergraut mit hohem Tempo, aber niedrigem Einkommensniveau. Angesichts des geringen tatsächlichen Renteneintrittsalters wird die erwerbsfähige Bevölkerung bereits zwischen heute und 2010 den Höchststand erreichen, so dass der Altenquotient sehr viel höher liegen dürfte, als bisher angenommen.

Drei strukturelle Herausforderungen des heutigen Systems müssen bewältigt werden: (1) Erdrückende Altlasten (ungedeckte Verbindlichkeiten aus dem alten Rentensystem); (2) Fragmentierung und Intransparenz aufgrund dezentraler Verwaltung; (3) unterentwickelte Kapitalmärkte und niedrige Renditen.

Verschiedene Szenarien für das derzeitige Rentensystem zeigen, dass die Tragfähigkeit des Systems am besten durch eine Erhöhung der Partizipationsrate – d.h. mehr Beitragszahler – beim Umlageverfahren (1. Säule) einerseits und durch höhere Renditen für Investitionen in individuelle Konten (kapitalgedeckte 2. Säule) andererseits verbessert werden kann.

Die Regierung muss mehr Anreize für Beitragszahler schaffen. Mittelfristig sind folgende Ansätze denkbar: (1) Zentralisieren der Verwaltung des Rentensystems. (2) Umwandeln der impliziten Verpflichtungen aus dem Rentensystem in explizite öffentliche Schulden. Die Aufnahme von Kapital wird nötig sein, um die nicht gedeckten Verbindlichkeiten und den Übergang zu einem neuen System zu finanzieren. (3) Weitere Liberalisierung der Kapitalmärkte sowie neue Finanzprodukte mit höheren Renditen und längeren Laufzeiten. (4) Unbegrenzter Zugang ausländischer Anleger zu den einheimischen Kapitalmärkten.

www.
dbresearch.de

Autor

Tamara Trinh
+49 69 910-31706
ngoc-tram.trinh@db.com

Editor

Maria L. Lanzeni

Publikationsassistenz

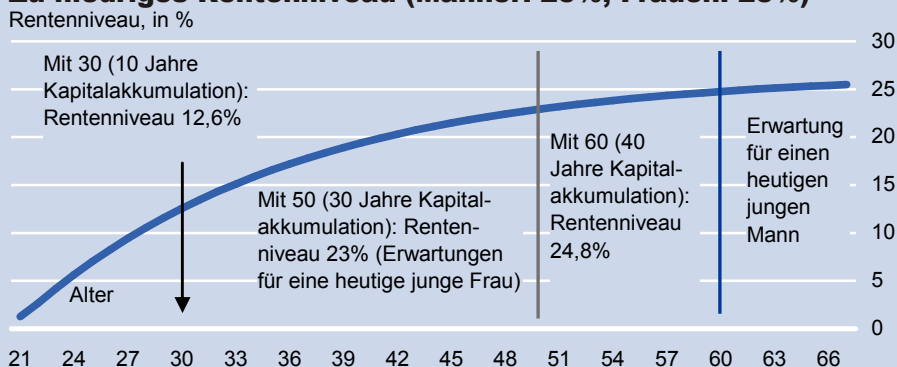
Bettina Giesel

Deutsche Bank Research
Frankfurt am Main
Deutschland
Internet: www.dbresearch.de
E-Mail: marketing.dbr@db.com
Fax: +49 69 910-31877

DB Research Management

Norbert Walter

Projektion für das Kapitaldeckungsverfahren (2. Säule): Zu niedriges Rentenniveau (Männer: 25%, Frauen: 23%)



* Die Autorin dankt Bernhard Gräf für seine Unterstützung bei der Modellierung der Szenarien für das Rentensystem und Steffen Dyck für seine Unterstützung bei der Recherche.

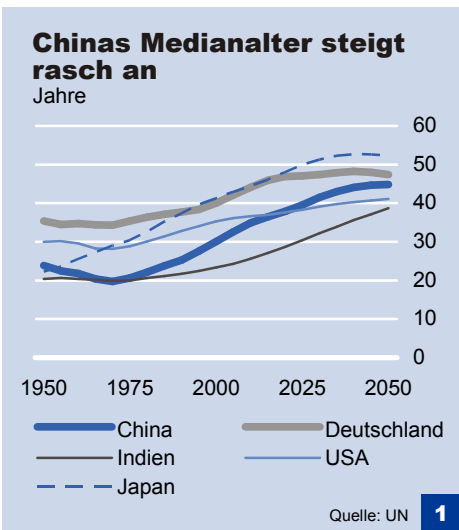
Chinas Rentensystem muss dringend reformiert werden

Chinas Rentensystem wurde seit Einführung in den 50er Jahren schon mehrfach geändert. Von einem Umlagesystem, das nahezu vollständig auf Kapitaldeckung verzichtete, wurde es zu einem teilweise kapitalgedeckten System mit mehreren Säulen und individuellen Konten umgestaltet. Dennoch bleiben viele Probleme bestehen. Bei seiner Einführung war das Rentensystem Teil eines umfassenden, lebenslangen Versorgungssystems, das von den staatlichen Unternehmen für ihre Beschäftigten bereitgestellt wurde: der so genannten „**eisernen Reisschale**“ (vgl. Anhang 1). Dieses System wurde jedoch mit den Unternehmensreformen in den 80er Jahren untragbar, da die umfangreichen Rentenverbindlichkeiten die Wettbewerbsfähigkeit und letztendlich auch die Solvenz eines Unternehmens zu stark belasteten. Die Rentenversprechen waren recht großzügig gewesen, die finanzielle Unterlegung dieser Verbindlichkeiten war dagegen vernachlässigt worden. Die mangelnde Übertragbarkeit der Rentenansprüche erwies sich als ernsthaftes Hindernis für eine Reform der Staatsbetriebe und höhere Mobilität der Arbeitskräfte, die ohnehin durch das Registrierungssystem für die Haushalte („**hukou**“ – vgl. Anhang 2) gehemmt wurde, das zum Teil auch Ansprüche auf Sozialleistungen bestimmte.

Ein-Kind-Politik erhöht finanziellen Druck auf junge Arbeitnehmer

Diese Probleme werden noch durch den demografischen Trend hin zu weniger Kindern verstärkt, der typischerweise mit einem höherem Entwicklungsstand eines Landes einhergeht. In China wurde dieser Trend durch die so genannte „**Ein-Kind-Politik**“ (vgl. Anhang 3) verschärft, die 1979 eingeführt wurde und aufgrund derer die meisten Paare nur ein Kind haben dürfen. Die Generation der unter diesem Regime Geborenen kommt inzwischen ins arbeitsfähige Alter. Das traditionelle System, nach dem die Kinder im Alter für Eltern und Großeltern sorgen, dürfte jedoch stark unter Druck geraten. Faktisch muss ein arbeitendes Kind für zwei Eltern und vier Großeltern aufkommen (das **4-2-1-Problem**) und gleichzeitig für das eigene Alter vorsorgen. Das Lohnwachstum dürfte jedoch aufgrund des umfangreichen Arbeitskräfteangebots in China in zahlreichen Branchen beschränkt bleiben. Die Konkurrenz um gut bezahlte Stellen für hoch Qualifizierte sowie um die dafür erforderlichen Universitätsabschlüsse dürfte daher noch stärker werden. Der Druck auf die Staatsfinanzen dürfte zunehmen, da alle Arbeitnehmer, denen eine staatliche Rente zusteht, diese auch in Anspruch nehmen werden. Gleichzeitig könnte es zu Altersarmut kommen, wenn Kinder ihren Eltern im Rentenalter keinen angemessenen Lebensunterhalt bieten können. Dies könnte zu sozialen Spannungen führen – ein Problem, mit dem sich die Regierung befassen muss.

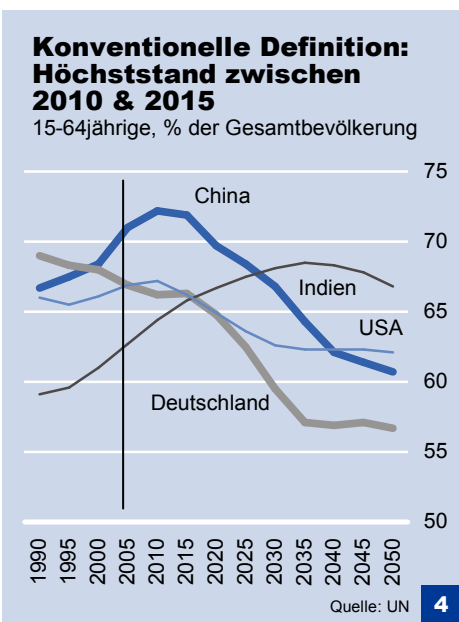
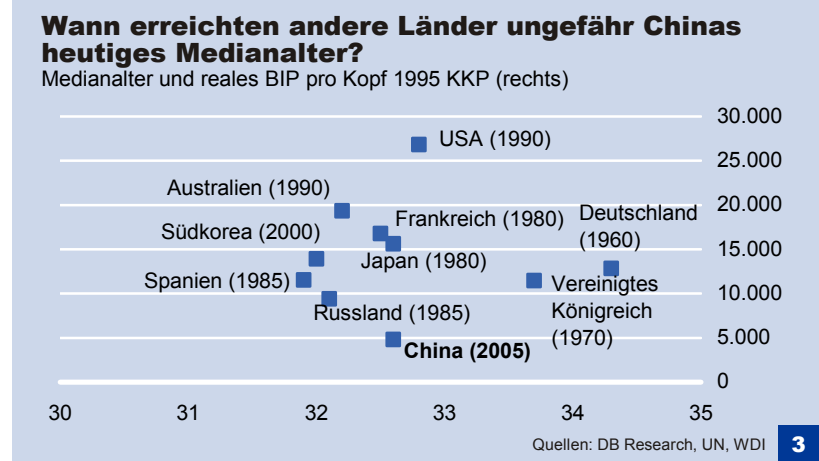
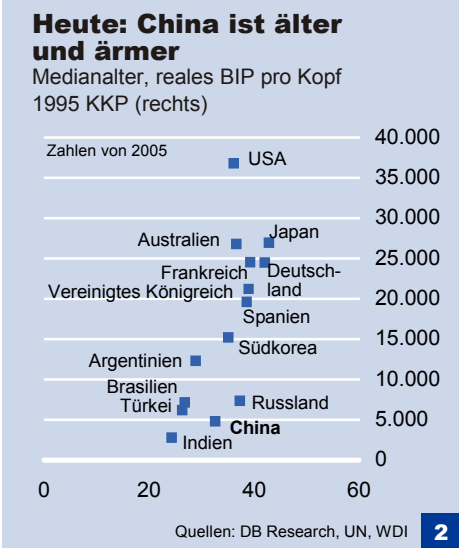
Wenn man die Zukunft und die Herausforderung des chinesischen Rentensystem diskutiert, muss man sich daher auf zwei verschiedene Aspekte konzentrieren: zum einen auf den raschen demografische Wandel in der chinesischen Gesellschaft und dessen Auswirkungen auf das Rentensystem und zum anderen auf die Struktur und langfristige Tragfähigkeit des gegenwärtigen Rentensystems. Diese beiden Faktoren geben uns eine Grundlage, anhand derer wir Szenarien für die zukünftige Entwicklung des chinesischen Rentensystems entwerfen können. Ausgehend von der aktuellen Situation untersuchen wir, welche Reformen Chinas Rentensystem benötigt, um tragfähiger zu werden.



I. Chinas demografische Entwicklung: Die Situation ist ernster, als bisher angenommen

China ergraut mit hohem Tempo bei niedrigem Einkommensniveau

Chinas demografische Entwicklung ähnelt zunehmend der weiter entwickelter Volkswirtschaften: Die Bevölkerung altert äußerst rasch; den jüngsten UN-Prognosen zufolge¹ wird das Medianalter zwischen 2005 und 2050 um 12,2 Jahre auf knapp 45 Jahre ansteigen. Im Vergleich dazu wird für Deutschland lediglich eine Steigerung um 5,3 Jahre auf 47 Jahre erwartet (Grafik 1). Chinas Bevölkerung ergraut jedoch bei einem sehr viel niedrigeren Einkommensniveau (d.h. in einer sehr viel früheren Phase der wirtschaftlichen Entwicklung), als es bei den Industrieländern der Fall war. China ist noch relativ arm, das Medianalter liegt jedoch bereits nahe dem internationalen Durchschnitt (vgl. Grafik 2). In Japan lag das Medianalter zwar bereits 1980 so hoch wie heute (bzw. 2005) in China (rund 32,6 Jahre); das Realeinkommen pro Kopf (in Kaufkraftparitäten) betrug damals in Japan jedoch bereits rund USD 15.600, d.h. das Dreifache des heutigen Niveaus in China (USD 4.800 in Kaufkraftparitäten). Auch in anderen Ländern war das Pro-Kopf-Einkommen bei einer vergleichbaren Altersstruktur wie in China sehr viel höher, d.h., sie waren in ihrer ökonomischen Entwicklung bereits weiter fortgeschritten (Grafik 3). Zudem altert die chinesische Bevölkerung sehr viel schneller als in den Industrieländern, mit Ausnahme Japans, wo die Alterung bereits seit einiger Zeit in raschem Tempo fortschreitet. Zwischen 1950 und 2005 erhöhte sich das Medianalter in Japan um 20,6 Jahre, in den USA und Deutschland jedoch lediglich um 6,1 bzw. 6,7 Jahre. Im selben Zeitraum stieg das Medianalter in China um 8,7 Jahre an.



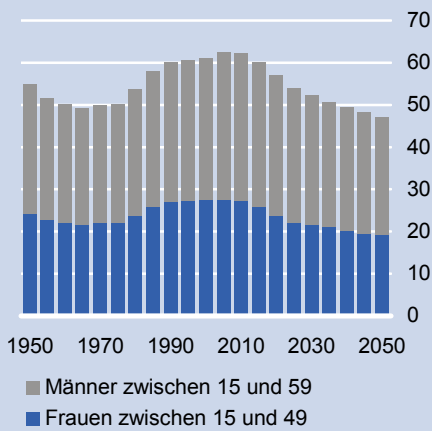
Niedriges Renteneintrittsalter erhöht Altenquotient

Die rasche Alterung der chinesischen Bevölkerung schlägt sich spürbar im Angebot an Arbeitskräften nieder. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung wird die erwerbsfähige Bevölkerung gemäß der konventionellen Definition (Personen im Alter zwischen 15 und 64 in % der Gesamtbevölkerung) etwa im Jahr 2010 den Höchststand

¹ UN, Population Division: The World Population Prospects: The 2004 Revision.

Realistische Definition: Höchststand zwischen 2005 & 2010

Bevölkerung im derzeit üblichen Erwerbsalter, % der Gesamtbevölkerung

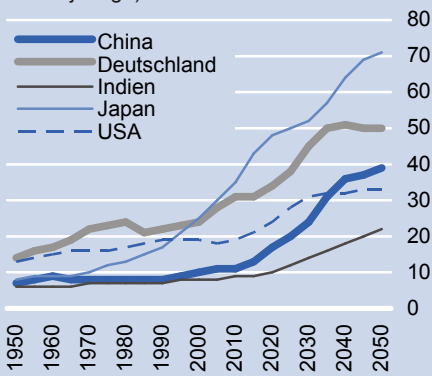


Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage von UN

5

Nach 2035: Altenquotient China > USA

Altenquotient (über 65jährige/15-64jährige) in %

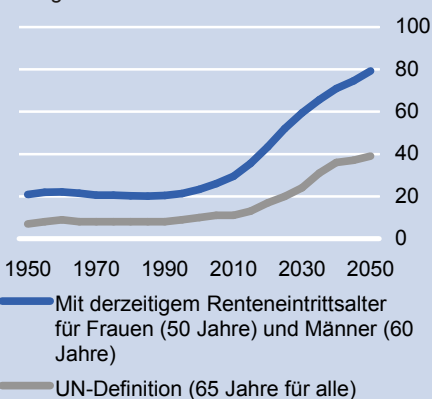


Quelle: UN

6

Errechneter Altenquotient deutlich höher

Rentner pro 100 Personen im erwerbsfähigen Alter



Quellen: Eigene Berechnungen, UN

7

erreichen (72,2%) und dann den UN-Prognosen² zufolge stetig auf 60,7% im Jahr 2050 zurückgehen (Grafik 4). Allerdings gehen die Arbeitnehmer in China erheblich eher als mit 65 Jahren in Rente. Derzeit liegt das Renteneintrittsalter für Frauen bei 50 Jahren (55 für Frauen in Führungspositionen) und für Männer bei 60 Jahren (65 für Männer in Führungspositionen in staatlichen Unternehmen), und einige Frühverrentungssysteme ermöglichen es Männern, sich bereits mit 50 Jahren pensionieren zu lassen (Frauen: 45)³. Arbeitnehmer in gesundheitsgefährdenden Branchen (z.B. im Bergbau oder in Blei- oder Quecksilberminen) können mit 55 (Männer) bzw. 45 Jahren (Frauen) in Rente gehen.

Nimmt man ein **einheitliches Renteneintrittsalter** von 60 Jahren für chinesische Männer bzw. 50 Jahren für Frauen an, so erreicht der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung unterhalb des Renteneintrittsalters an der Gesamtbevölkerung bereits zwischen 2005 und 2010 seinen Höchststand, der mit 62,3% schon relativ niedrig ist, und sinkt dann bis 2050 auf 47% (Grafik 5).

Unter Berücksichtigung dieses angepassten Renteneintrittsalters ist die Entwicklung des Altenquotienten (Rentner/Erwerbsfähige) in China, der bereits unter den konventionellen Annahmen deutlich ansteigt und im Jahr 2035 denjenigen der USA übersteigen wird (Grafik 6), noch sehr viel besorgniserregender. Statt 11 Rentnern, wie derzeit angenommen, kommen nach unserer neuen Definition auf der Grundlage des gängigen Pensionsalters bereits heute 26 Rentner auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (wobei noch zu berücksichtigen ist, dass nicht alle Personen im erwerbsfähigen Alter auch tatsächlich arbeiten und Rentenbeiträge zahlen). Wenn die Rentenaltersgrenzen für Frauen und Männer unverändert bleiben, entwickeln sich die Zahlen im Zeitablauf noch weiter auseinander. Nach der konventionellen Definition kämen in China im Jahr 2050 39 Rentner auf 100 erwerbsfähige Personen; unter Berücksichtigung des frühen Renteneintrittsalters stiege diese Zahl jedoch auf 79 Rentner pro 100 erwerbsfähige Personen an (Grafik 7) (weitere Einzelheiten zu dieser Berechnung finden sich in Anhang 4). Damit liegt der Altenquotient höher als in Japan (nach der konventionellen Definition), und ein umlagefinanziertes Sozialversicherungssystem ist unter diesen Umständen eindeutig nicht haltbar.

Wichtig für unsere Szenarien ist auch, dass **die Zahl der Rentner aufgrund der demografischen Entwicklung stärker zunimmt als die erwerbsfähige Bevölkerung** (durchschnittliche Zuwachsraten für den Zeitraum 1991 – 2005: 2,8% bzw. 1,1%). Die Zahl der Erwerbsfähigen wird ab 2011 sogar sinken, wohingegen die Zahl der Rentner weiter ansteigen wird (wenn auch mit abnehmendem Tempo). Die Ausgaben für die Renten der Pensionäre werden also die Beiträge der Beschäftigten übersteigen, wenn die Beitragsquote konstant bleibt. Ein umlagefinanziertes System kann daher aufgrund dieses finanziellen Ungleichgewichts nicht beibehalten werden.

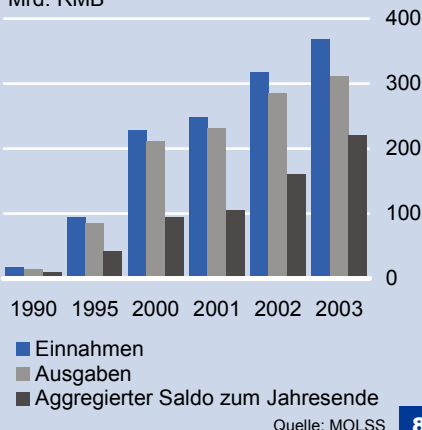
² UN, Population Division: The World Population Prospects: The 2004 Revision.

³ Y. Sin (2005), S. 4, ILO (2003), China Internet Information Center (2003).

II. Chinas Rentensystem heute: Struktur, Szenarien und Prognosen

Die Basisrente zeigt einen positiven aggregierten Saldo

Mrd. RMB



Quelle: MOLSS

8

In seiner heutigen Form ist das Rentensystem das Ergebnis eines langen Änderungs- und Reformprozesses. Auf der Grundlage der heutigen Struktur werden Szenarien und Prognosen entwickelt, um aufzuzeigen, in welchen Bereichen Reformen dringend erforderlich sind.

Ein „firmeninternes“, großzügiges Umlagesystem, das aus laufenden Einnahmen finanziert wird

Bis Ende der 80er-Jahre unterhielt China ein „firmeninternes“, großzügiges Umlagesystem für städtische Arbeitnehmer, das ausschließlich aus den laufenden Einnahmen der Unternehmen gespeist wurde. Dieses Rentensystem war Teil der so genannten „eisernen Reisschale“, die den Beschäftigten der Staatsbetriebe eine lebenslange soziale Absicherung bot (vgl. Anhang 1).

Das 1951 eingeführte erste offizielle Rentensystem brachte Leistungszusagen in Höhe von 50-70% des Arbeitslohns. Die Leistungen wurden ausschließlich aus Beiträgen der Unternehmen (3% der Lohnsumme) finanziert. Darüber hinaus wurde ein landesweiter Pool für die Vorfinanzierung geschaffen. Diese Praxis wurde jedoch in der Kulturrevolution (1966-76) abgeschafft, so dass die Pensionszahlungen ausschließlich aus den laufenden Einnahmen des jeweiligen Unternehmens finanziert werden mussten⁴. Im Rahmen der Wirtschaftsreformen wurden ab 1978 zusätzliche und höhere Leistungen eingeführt (das Rentenniveau stieg auf 75% an) und Anreize für eine Frühverrentung geschaffen.

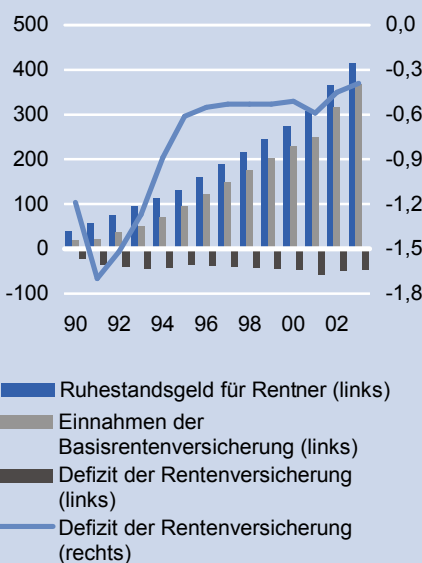
Auf dem Weg zu einem teilweise kapitalgedeckten System mit mehreren Säulen

Durch weitere Reformen in den 90er Jahren wurde ein Rentensystem mit mehreren Säulen etabliert. Ein gemeinschaftliches Pooling wurde wieder eingeführt – wohl mit dem Ziel, die Last unter den Unternehmen zu verteilen – und individuelle Konten wurden geschaffen. Das System, das heute noch gilt, stützt sich auf die folgenden Säulen:

1. Erste Säule: **Basisrente (feste Leistungszusage) durch Umlageverfahren**, aus der die Rentner eine Mindestleistung erhalten (20% des Vorjahres-Durchschnittslohns der Provinz bzw. der Gemeinde) und die ausschließlich durch Firmen- bzw. Arbeitgeberbeiträge (13% der Lohnsumme) finanziert wird⁵;
2. Zweite Säule: **Obligatorisches beitragsbezogenes Kapitaldeckungsverfahren mit individuellen Konten**, finanziert durch Arbeitnehmerbeiträge (4%, steigend auf 8%) und Arbeitgeberbeiträge (7%), woraus der Rentner Anspruch auf eine Monatsrente in Höhe von 1/120 des gesamten Nominalvermögens auf dem Konto zuzüglich eines Indexierungsfaktors erhält⁶. Nach 35 Beitragsjahren sollte diese Säule ein Rentenniveau von 38,5% sichern (d.h., zusammen mit der ersten Säule ergibt sich ein Gesamtrentenniveau von 58,5%);
3. Dritte Säule: **Freiwillige Zusatzrente** mittels möglicher betrieblicher Altersvorsorgemodellen, die durch das jeweilige Unterneh-

Ein genauerer Blick enthüllt ein kleines Defizit

Mrd. RMB (links), % des BIP (rechts)



Quellen: MOLSS, eigene Berechnungen

9

⁴ R. Holzmann, Mac Arthur, Sin (2000), S. 4.

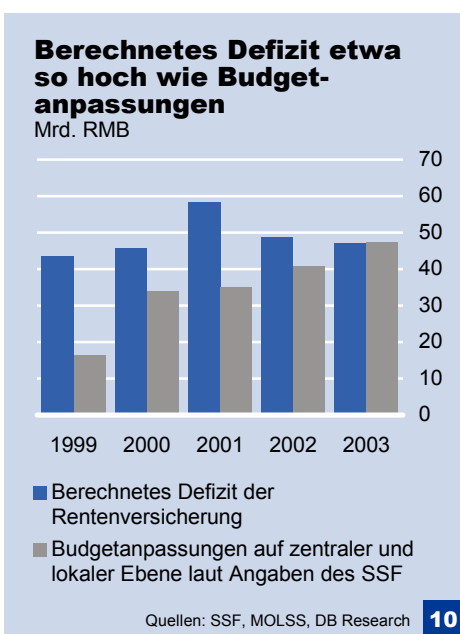
⁵ Ein Arbeitnehmer muss mindestens 15 Jahre lang beitragspflichtig beschäftigt gewesen sein, um Anspruch auf die Basisrente zu haben.

⁶ Jun Ma und Fan Zhai (2001), S. 3.

men oder durch private Versicherer verwaltet werden; eine gute Anreizstruktur und das rechtliche Rahmenwerk für diese Säule werden momentan geschaffen.

Finanzierungslücke im Rentensystem

Daten des Ministeriums für Arbeit und soziale Sicherung (Ministry of Labour and Social Security, MOLSS) zufolge war der aggregierte Saldo der Basisrentenversicherung seit dem Jahr 1990 positiv (Grafik 8). Bei einem genaueren Blick auf alle vom Ministerium bereitgestellten Zahlen zeigt sich jedoch, dass das Rentensystem im Jahr 2003 ein Defizit von rund RMB 47 Mrd. (0,4% des BIP) verzeichnete (Grafik 9): Normalerweise bestehen die Abflüsse bzw. Ausgaben eines Rentensystems in den gezahlten Renten. Wenn man also die vom Ministerium angegebenen Zahlen für „Renten für Ruhegehaltsempfänger“ als Ausgaben für die Basisrente einsetzt und die Einnahmen unverändert lässt, ergibt sich ein Defizit (für Details zur Berechnung siehe Grafik 11).



Bei Verwendung der Rentenauszahlungen anstelle der Ausgaben der Rentenversicherung ergibt sich ein Defizit

Mrd. RMB	Einnahmen*	Ausgaben*	Pensionszahlungen an Rentner**	Einnahmen minus Ausgaben	Einnahmen minus Pensionszahlungen an Rentner
1990	17,9	14,9	39,6	2,9	-21,7
1995	95,0	84,8	130,6	10,2	-35,6
2000	227,8	211,5	273,3	16,3	-45,5
2001	248,9	232,1	307,2	16,8	-58,3
2002	317,1	284,3	365,9	32,9	-48,8
2003	368,0	312,2	414,9	55,8	-46,9

*basierend auf den Zahlen in der MOLSS-Tabelle 11-26
**basierend auf den Zahlen in der MOLSS-Tabelle 11-9

Quelle: DB Research **11**

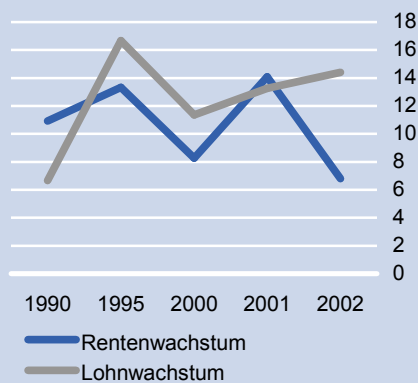
Die Tatsache, dass im Rentensystem ein Defizit besteht, wurde vom National Council for the Social Security Fund (SSF) implizit bestätigt; über die Jahre hinweg waren Anpassungen der zentralen und lokalen Haushalte zur Deckung der Rentenausgaben erforderlich gewesen⁷. Diese „angepassten Ausgaben“ haben sich in den letzten Jahren zunehmend dem von uns berechneten Defizit angenähert (Grafik 10).

Eine Lücke in der Rentenversicherung in Höhe von 0,4% des BIP mag recht gering erscheinen und ist auch im Verhältnis zum BIP gesunken. In absoluten Zahlen blieb das Defizit jedoch relativ konstant; es belief sich in den zehn Jahren von 1993 bis 2003 auf durchschnittlich rund RMB 44 Mrd. Der relative Rückgang ist also ausschließlich auf das kräftige Wirtschaftswachstum zurückzuführen. Es überrascht daher nicht, dass die Weltbank betont, eines der größten Risiken für das System bestehe in einem schwächeren Wachstum als erwartet, da dies die Finanzierungslücke im Renten-

⁷ Xiang Huaicheng, Challenges Confronting National Social Security Fund, Rede bei der Hong Kong Open University, 2005, www.ssf.gov.cn

Löhne steigen stärker an als Renten

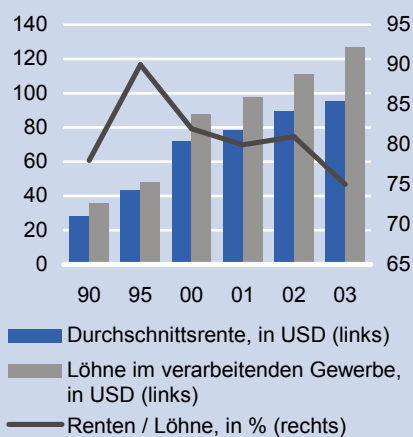
Veränderung p.a. in %



Quellen: MOLSS, DB Research

12

Sinkendes Rentenniveau



Quellen: MOLSS, DB Research

13

system ausweiten könnte und die Last auf die Beitragszahler steigen könnte⁸.

Zudem erfasst das System ja nur rund 123 Millionen Beschäftigte (2004) von insgesamt 265 Millionen städtischen Arbeitern (d.h. eine städtische Partizipationsrate von gerade 46%), wohingegen in China insgesamt 750 Millionen Menschen erwerbstätig sind. Offiziellen Statistiken⁹ zufolge partizipieren 54 Millionen Arbeiter auf dem Land (11% der gesamten Erwerbstätigen auf dem Land) an einem Rentensystem, vermutlich im Rahmen der neuen Rentensysteme für den ländlichen Bereich. Insgesamt werden rund 576 Millionen Erwerbstätige in Stadt und Land nicht durch das Rentensystem erfasst; somit haben landesweit gerade mal rund 23% der Erwerbstätigen Anspruch auf eine staatliche Rente¹⁰.

Einige Trends deuten darauf hin, dass die Herausforderungen für das Rentensystem künftig zunehmen werden. Erstens erhöht sich der Rentnerquotient, d.h. die Zahl der Rentner im Verhältnis zur Zahl der Beitragszahler; 2003 lag das Verhältnis bei 33%, 1989 noch bei 19%. Zweitens steigen die Löhne (im verarbeitenden Gewerbe) stärker als die Renten an (Grafik 12), was zu einem sinkenden Rentenniveau führt (Grafik 13). Dadurch wird zwar das System insgesamt tragfähiger; diese Entwicklung läuft jedoch dem Versprechen zuwider, dass die erste Säule des Rentensystems konstant ein Rentenniveau von 20% sichern soll. Drittens bemüht sich die Regierung darum, auch auf dem Land Rentensysteme einzuführen, um so ein soziales Sicherungsnetz zu schaffen und Spannungen infolge des großen Einkommensgefälles zwischen Stadt und Land abzubauen.

Szenarien für das Rentensystem in seiner derzeitigen Form

Um die Probleme, mit denen das System ohne weiter radikale Reformen konfrontiert wäre, einschätzen und mögliche Alternativen ermitteln zu können, entwickeln wir im Folgenden Szenarien für einige Schlüsselvariablen¹¹.

A) Szenarien für die Umlageversicherung (erste Säule)

Auf der Grundlage der bereinigten Daten des Ministeriums für Arbeit und soziale Sicherheit, MOLSS (d.h. der Daten, die ein Defizit ausweisen) und der Wachstumsraten für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (d.h. die potenziellen Beitragszahler) und der Zuwachsraten bei Senioren (d.h. Rentner) – die wiederum auf unseren Schätzungen bezüglich des realistischen Renteneintrittsalters in China basieren (vgl. S. 4-5) – haben wir verschiedene Szenarien für die künftige Entwicklung des chinesischen Rentensystems ausgearbeitet, wobei wir für das Umlageverfahren folgende einfache Gleichung angewendet haben:

Einnahmen (Beitragszahlungen der Arbeitnehmer) = **Auszahlungen** (an Rentner)

$$C_n \cdot w \cdot C_r = R \cdot p$$

⁸ Y. Sin (2005), P. V.

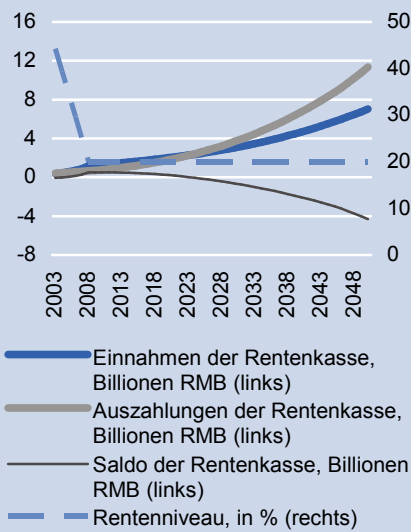
⁹ Statistical Communiqué on Labor and Social Security in 2004 (NBS, 31/5/2005).

¹⁰ Berichten zufolge bestehen eigene Rentensysteme für Beamte und Beschäftigte in staatlichen Organisationen und Institutionen; es stehen jedoch keine Einzelheiten zur Verfügung.

¹¹ Die Autorin dankt Bernhard Gräf für seine Unterstützung bei den in diesem Abschnitt dargestellten Modellrechnungen (vgl. auch: Bräuninger, Dieter und Bernhard Gräf (2005), S. 7 ff.).

Szenario Ia: Status quo ist finanziell nicht tragbar

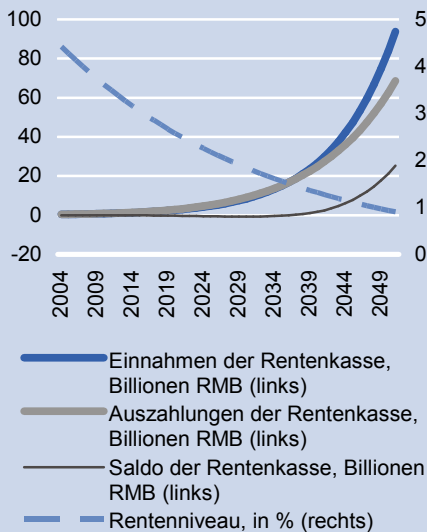
Mit konstantem (versprochenem) Rentenniveau → Defizit in der Rentenkasse



Quelle: DB Research **14**

Szenario Ib: Finanziell tragbar, sozial unhaltbar

Überschuss in der Rentenkasse bei sinkendem Rentenniveau



Quelle: DB Research **15**

C_n = Zahl der Beitragszahler

w = Durchschnittslöhne der Beitragszahler

C_r = Beitragssatz

R = Zahl der Rentner mit Rentenansprüchen

p = durchschnittliche Rentenzahlungen

Wir verwenden dabei die oben dargelegten stilisierten Fakten der Rentenversicherung und gehen von einem landesweit einheitlichen System aus.

Szenario I: Status quo

Derzeit verspricht der Staat, dass das Umlageverfahren ein Rentenniveau von 20% des Lohneinkommens sichern soll. Aufgrund der Umstellung vom alten System auf das neue System lag das Rentenniveau im Jahr 2003 bei 44%. Die Löhne sind jedoch in den letzten Jahren stärker angestiegen als die Renten, so dass es sehr schwierig sein wird, das Rentenniveau konstant zu halten (dafür müssten die Zuwachsraten gleich hoch sein).

In *Szenario Ia* gehen wir von der Annahme aus, dass das Rentenniveau (das aufgrund der Ansprüche aus dem alten Rentensystem derzeit über den versprochenen 20% liegt) bis 2008 allmählich auf das versprochene Niveau gesenkt und dann konstant gehalten wird. Daraus ergibt sich zunächst ein leichter Überschuss in der Rentenkasse, der jedoch ab 2024 in ein immer größeres Defizit umschlägt (Grafik 14). Dieses Defizit könnte sich bis 2050 auf RMB 4 Billionen belaufen – ein drastischer Anstieg gegenüber dem Volumen von unter RMB 50 Mrd., das für 2003 berechnet wurde. Dieser Weg ist finanziell eindeutig nicht tragbar.

In *Szenario Ib* wird dagegen das Rentenniveau nicht konstant bei 20% gehalten. Dann ergibt sich, dass die Rentenkasse bei einem stärkeren Anstieg der Löhne als der Renten auf lange Sicht (im Jahr 2036) einen positiven Saldo ausweist. In diesem Szenario sinkt jedoch das Rentenniveau stetig und fällt im Jahr 2028 unter das versprochene Niveau von 20% (Grafik 15). Dieses Ergebnis ist unter sozialen Gesichtspunkten nicht wünschenswert.

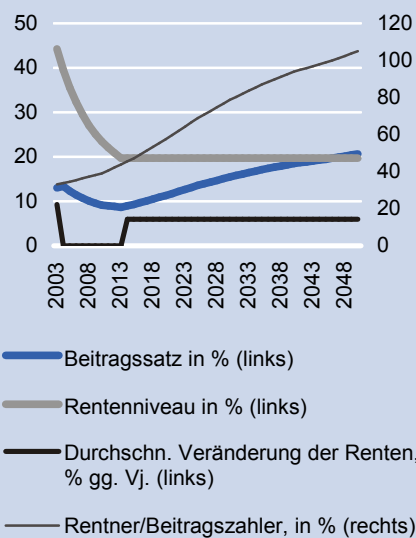
Szenario II: Ausgeglichene Rentenkasse

In diesem Szenario wird angenommen, dass die Regierung eine ausgeglichene Rentenkasse (gleich hohe Einnahmen und Auszahlungen) anstrebt, um das Rentensystem finanzierbar zu halten, da sich der Rentnerquotient (die Zahl der Rentner gegenüber Beitragszahlern) im Zeitablauf aufgrund der demografischen Entwicklung (siehe Abschnitt I) 100% annähern dürfte. Gleichzeitig soll das Rentenniveau konstant bleiben. Ein solches System kann nur dann funktionieren, wenn der Beitragssatz stetig angehoben wird.

Da das Rentenniveau derzeit deutlich über dem versprochenen Mindestniveau von 20% liegt, besteht bis etwa 2015 ein Zeitfenster, um Reformen im System voranzutreiben: Wenn bei den Rentenzahlungen Zurückhaltung geübt wird (so könnten z.B. die Auszahlungen mehrere Jahre auf dem aktuellen Niveau eingefroren werden), könnte der Beitragssatz sogar einige Jahre lang leicht auf unter 10% sinken, so dass Unternehmen und Beschäftigte die Chance hätten, selbst Kapital für die Altersvorsorge anzusparen. Wenn die Rentenzahlungen das versprochene Niveau von 20% erreichen, kann die "Einfrierung" aufgehoben werden, und die Renten können wieder etwa im selben Tempo wie die Löhne ansteigen. Aufgrund der oben

Szenario II: Ausgeglichene Rentenkasse

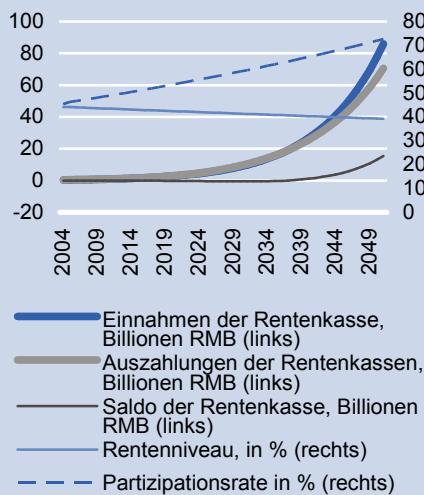
Eingefrorene Renten & höhere künftige Beitragszahlungen



Quelle: DB Research **16**

Szenario III: Erhöhung der Partizipationsrate

Rentenkasse erwirtschaftet 2036 einen Überschuss, Rentenniveau höher als versprochen



Quelle: DB Research **17**

erwähnten demografischen Entwicklung würde der Beitragssatz dann allmählich auf rund 24% im Jahr 2050 ansteigen (Grafik 16). Dieses Szenario wäre eine mögliche Lösung, wenn die Bevölkerung das Einfrieren der Renten und eine künftige Anhebung der Beitragssätze akzeptiert, was jedoch fraglich ist.

Szenario III: Steigerung der Partizipationsrate

Die Partizipationsrate könnte durchaus erhöht werden, da bisher weniger als 50% der städtischen Arbeitnehmer rentenversichert sind. Allein schon unter dem Aspekt der Fairness wäre eine solche Maßnahme gerechtfertigt. In Szenario III gehen wir also von einer Steigerung der Partizipationsrate – d.h. dem Verhältnis zwischen Beitragszahlern in den Städten und der Gesamtzahl der städtischen Erwerbsbevölkerung – bis 2050 auf 73% aus. Die Zahl der Beitragszahler steigt also rascher an als die gesamte Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (das Wachstum der Erwerbsbevölkerung wird ab 2011 sogar negativ sein). Dies würde in der Praxis bedeuten, dass die Regierung mehr und mehr Erwerbstätige und Unternehmen in das Rentensystem einbinden müsste. Das Lohnwachstum und die Rentensteigerungen verlaufen parallel. In diesem Szenario wird der Saldo der Rentenkasse 2036 positiv und das Rentenniveau sinkt bis 2050 nur leicht auf 39% ab. Es läge damit über dem versprochenen Niveau, so dass ein finanzielles Polster vorhanden wäre (Grafik 17). Allerdings ist dieser Lösungsweg zeitlich limitiert, da die Partizipationsrate nicht endlos gesteigert werden kann. Zudem kann dieses Szenario nur dann funktionieren, wenn Chinas Wirtschaft weiterhin sehr kräftig wächst und somit genügend Arbeitsplätze bzw. eine ausreichende Basis an Beitragszahlern zur Verfügung stehen. Die stille Hoffnung einer solchen Maßnahme wäre, dass die Auszahlungen aus der zweiten und dritten Säule die Einbußen aus der ersten Säule ausgleichen könnten, wenn es wieder zu finanziellen Schwierigkeiten im System kommen sollte.

B) Projektionen für die individuellen Konten (zweite Säule)

Hier schätzen wir das Niveau der Rente, die ein Arbeitnehmer erhält, der im Jahr 2003 20 Jahre alt ist und seither Kapital entsprechend den Vorgaben für die zweite Säule (7% Beitrag von den Unternehmen plus 4 – 8% eigene Beiträge auf ein individuelles Konto) aufgebaut hat. Die jährlichen Auszahlungen werden nach der folgenden Formel auf der Grundlage des Zinseszinskonzepts berechnet:

$$r = K \cdot q^n / q \cdot (q - 1) / (q^n - 1)$$

r = jährliche Pensionsauszahlungen

K = Kapitalstock

n = Zahl der Jahre, für die eine Rente gezahlt wird

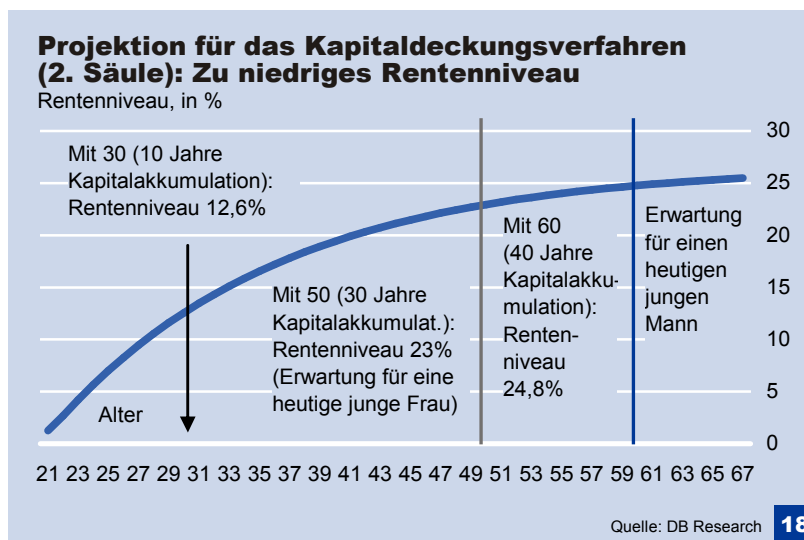
p = reale Rendite der Investitionen

q = (1+p/100)

Die Zahl der Jahre n sei gleich 10, da die monatliche Rente aus dem angehäuften Kapitalstock 1/120 des Gesamtbetrags betragen soll, so dass der Kapitalstock in 10 Jahren verzehrt ist. (Die Zahl von 10 Jahren ergibt sich aus der offiziellen Beschreibung der zweiten Säule. Tatsächlich ist die durchschnittliche Lebenserwartung jedoch

höher; eine eingehendere Diskussion des Problems ist auf S. 14 zu finden.) Die reale Rendite „ p “ soll bei rund 2,5% liegen; dies entspricht der durchschnittlichen realen Rendite von Staatsanleihen oder Bankeinlagen (vgl. detaillierte Ausführungen in Abschnitt III; um aufzuzeigen, wie dringend höhere Renditen erforderlich sind, beruht das hier verwendete Renditeniveau auf der Annahme, dass keine tiefgreifenden Kapitalmarktreformen zur Steigerung der aktuellen Renditen durchgeführt werden).

Unter diesen Annahmen wird das Rentenniveau aus der zweiten Säule **unter** dem erwarteten Niveau von 38,5% liegen (vgl. S. 5). Bei einer Frau, die mit 50 in Rente geht (d.h. 30 Jahre Kapitalanspart), liegt das Rentenniveau bei 23%, bei einem Mann, der 10 Jahre mehr Zeit zum Sparen hat, liegt es mit knapp 25% etwas höher (Grafik 18).



III. Reform des Rentensystems steht vor strukturellen Herausforderungen

Die oben dargestellten Szenarien und Projektionen deuten darauf hin, dass eine tragfähige und langfristig angelegte Reform sowohl eine höhere Partizipationsrate in der ersten Säule als auch eine Steigerung der Renditen für den Kapitalstock in der zweiten Säule anstreben sollte. Allerdings müssen zunächst Lösungen für einige strukturelle Probleme des jetzigen Systems gefunden werden: (1) Altlasten, d.h. nicht kapitalgedeckte Verbindlichkeiten aus dem alten Rentensystem, müssen bewältigt werden, (2) das derzeit stark fragmentierte und dezentrale System muss vereinheitlicht werden, und (3) ein funktionierender Kapitalmarkt sollte geschaffen werden, damit Investitionen höhere Renditen erbringen.

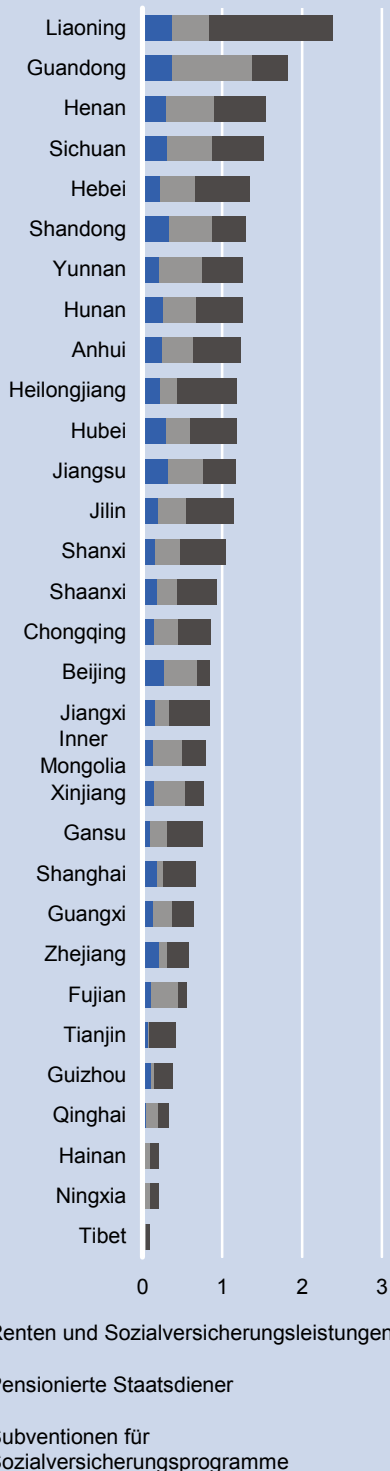
1. Altlasten: Ungedeckte Verbindlichkeiten des alten Rentensystems

Das System der „eisernen Reisschale“ beruhte auf der Annahme, dass die laufenden Einnahmen eines staatlichen Unternehmens zur Deckung der Rentenzahlungen ausreichen würden. Im Zuge der Unternehmensreformen der 80er Jahre verringerte sich jedoch der finanzielle Spielraum, und es liefen zunehmend Rentenverbindlichkeiten auf (vgl. Anhang 1).

Schätzungen der Weltbank zufolge beliefen sich die impliziten Verbindlichkeiten der Rentenkasse – d.h. die aktuell an Rentner gezahl-

Provinzen schultern ungleiche Bürden

Staatliche Ausgaben für Renten und Sozialversicherungen in den einzelnen Provinzen (2003), in Mrd. USD



Quelle: Statistisches Jahrbuch China, 2004

19

ten Leistungen zuzüglich der Rentenansprüche der Erwerbstätigen – auf 141% des 2001er BIP (ca. USD 1,6 Billionen)¹². Würden diese Belastungen offiziell in den Staatshaushalt aufgenommen, so würde sich die Staatsverschuldung von derzeit lediglich 14% des (2001er) BIP deutlich erhöhen. In der Vergangenheit gemachte Rentenversprechungen waren äußerst großzügig gewesen (Rentner, die vor 1997 in Rente gingen, und Erwerbstätige, die vor 1997 ihre Arbeit aufnahmen, haben weiterhin Anspruch auf ein Rentenniveau von 75 – 80%)¹³.

In einigen Studien werden auch andere Probleme bezüglich der Finanzierung der aktuellen Rentenansprüche angesprochen: einige örtliche Rentenkassen sind angeblich mit schwerwiegenden Finanzierungsproblemen konfrontiert oder sogar bankrott und müssen auf staatliche Subventionen zurückgreifen. Manche Lokalregierungen sollen Reserven auf den individuellen Konten zweckentfremdet haben, um laufende Rentenansprüche zu begleichen, so dass die zweite Säule nur noch aus fiktiven (leeren) Konten besteht¹⁴. Daraus ergeben sich steigende bedingte bzw. versteckte Verbindlichkeiten für die Zentralregierung, die letztendlich einspringen muss.

Alein aufgrund des Umfangs des Problems ist die Umstellung vom aktuellen auf ein finanziell tragfähigeres Rentensystem eine Herkulesaufgabe, die ein hohes finanzielles Engagement des Staates erfordern wird. Im ersten jemals zu China veröffentlichten Artikel-IV-Bericht des IWF im Jahre 2004 werden die Kosten für eine Umstellung auf ein tragbares Rentensystem auf mindestens 7% des BIP im Jahr 2003 (rund USD 100 Mrd.) geschätzt. Dabei wird darauf hingewiesen, dass die Umstellungskosten abhängig von den Änderungen bei den Rentenparametern auch sehr viel höher sein könnten¹⁵. Zudem wird betont, dass sich die Schätzungen nur auf die bedingte Gesamtverschuldung der Zentralregierung beziehen. Die bedingten Verbindlichkeiten der Lokalregierungen werden nicht berücksichtigt und sind, wie der IWF ausdrücklich feststellt, auch nicht bekannt.

Da kein landesweit einheitliches System vorhanden ist, kann die Zentralregierung anscheinend nicht auf Überschüsse in einer Provinz zurückgreifen, um Defizite in anderen Provinzen auszugleichen. Allgemein dürften die Finanzierungsprobleme eher in denjenigen Provinzen auftreten, in denen Branchen ansässig sind, deren wirtschaftliche Bedeutung schwindet, und in denen das Alter der Erwerbstätigen höher ist (z.B. im nordöstlichen „Rostgürtel“), als in den Provinzen mit einer rasch wachsenden Industrie und einer jungen Erwerbsbevölkerung. Ein Vergleich der Provinzen im Jahr 2003 zeigt, dass die Provinz Liaoning die schwersten finanziellen Lasten für Renten und Sozialversicherung schultern muss, gefolgt von Guangdong, Henan und Sichuan (Grafik 19). Insofern ist es nicht überraschend, dass Liaoning für ein Pilotprojekt zur Rentenreform ausgewählt wurde.

2. Dezentrales System: Hohe Fragmentierung und mangelnde Transparenz

Das dezentrale Rentensystem führt zu einer starken Fragmentierung und einer beträchtlichen Intransparenz. Da die Zentralregierung nur die Grundprinzipien festgelegt und die Details (Verfahrens-

¹² Y. Sin (2005), S. 30.

¹³ V. Chen (2004), S. 11 ff.

¹⁴ V. Chen (2004), S. 8 ff, sowie R. Jackson & N. Howe (2004), S. 20 ff, und J. Ma & F. Zhai (2001), S. 3 ff.

¹⁵ IWF (2004), S. 42.

weisen und Verwaltung) den lokalen Behörden überlassen hat¹⁶, bestehen innerhalb des Systems beträchtliche Diskrepanzen und Ungleichheiten. Die Beitragssätze sind nicht nur in den einzelnen Provinzen und Gemeinden, sondern auch je nach Art des Unternehmens unterschiedlich. In bestimmten Industriebranchen besteht auch ein brancheninternes Pooling¹⁷. Darüber hinaus wird ein eigenes Rentensystem für ländliche Regionen entwickelt¹⁸. Das Pooling der für die für erste und zweite Säule zurückgelegten Gelder – Unternehmensbeiträge (20% der Lohnsumme) und Beiträge der Erwerbstätigen – soll auf der Ebene der Provinzen stattfinden; die Umstellung auf dieses System ist jedoch noch nicht abgeschlossen, und erfolgt zum Teil noch auf der Ebene der Gemeinden.

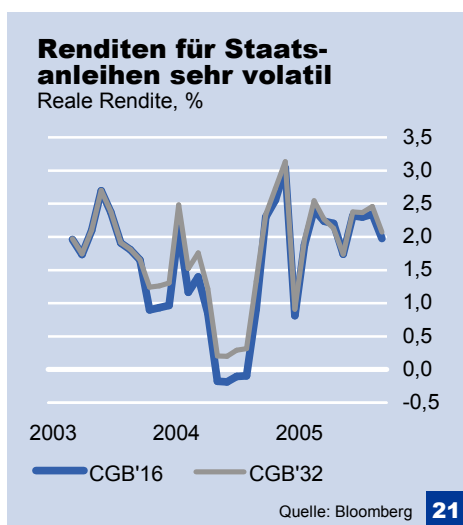
Auch die Partizipationsrate ist sehr unterschiedlich. Ursprünglich gehörten nur staatliche Unternehmen dem System an. Inzwischen weiten einige Gemeinden die Partizipation auf kollektiv organisierte, private und ausländische Unternehmen aus¹⁹. Jedoch insbesondere Unternehmen mit einer jungen Belegschaft, die relativ dynamischen Branchen angehören, wollen sich dem System entziehen, da sie den Eindruck haben, sie müssten die Defizite anderer Unternehmen mit finanzieren und würden mit deutlich höheren Lohnkosten belastet – mit negativen Folgen für ihre Wettbewerbsfähigkeit. Insgesamt können sich die Beiträge zum Sozialversicherungssystem (Renten, Krankenkassen, Arbeitslosenversicherung, Betriebsunfälle, Mutterschaftsurlaub, Wohngeldkassen) auf rund 40% der Lohnsumme belaufen²⁰. Insofern bestehen **beträchtliche Anreize für Beitragshinterziehung und Flucht aus dem System** (für weitere Einzelheiten vgl. S. 14/15).

Ein weiteres Problem ergibt sich mit Blick auf die Übertragbarkeit von Rentenansprüchen, d.h. der Möglichkeit, dass ein Beschäftigter bei einem Stellenwechsel seine Rentenansprüche mitnehmen und übertragen kann. Denn in einem derart fragmentierten System ist dies nahezu unmöglich. Als Folge wird die Mobilität der Arbeitskräfte (die bereits durch das *hukou*-System behindert wird; vgl. Anhang 2) eingeschränkt. Dies wiederum erschwert eine Umstrukturierung von Staatsunternehmen, wenn in diesem Zusammenhang umfangreiche Entlassungen anstehen (die Ansprüche auf Leistungen aus der Sozialversicherung sind nämlich an die Erwerbstätigkeit gekoppelt)²¹. Dadurch kommt es auch zu Verzerrungen bei Investitionen und Ressourcenallokation.

3. Unterentwickelte Kapitalmärkte: Die Suche nach hohen Renditen

Das Rentensystem investiert derzeit in Staatsanleihen und Bankeinlagen. Real lagen die Einlagenzinsen und die Renditen langfristiger Staatsanleihen durchschnittlich bei annehmbaren rund 2-3%, waren aber recht volatil (Grafiken 20 und 21).

Wie unsere Berechnungen für die zweite Säule gezeigt haben, sind jedoch Anlageinstrumente mit höheren Renditen erforderlich, damit das versprochene Rentenniveau auch tatsächlich erzielt werden kann. Insofern wäre eine Erweiterung der Palette der Anlagemöglichkeiten und Finanzmarktinstrumente durchaus wünschenswert. Eine verstärkte Nutzung der Kapitalmärkte für solche Zwecke könn-



¹⁶ Y. Sin (2005), S. 6.

¹⁷ V. Chen (2004), S. 22.

¹⁸ V. Chen (2004), S. 21.

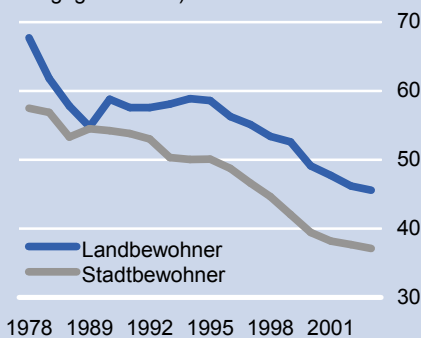
¹⁹ Y. Sin (2005), S. 3.

²⁰ Jun Ma und Fan Zhai (2001), S. 5.

²¹ V. Chen (2004), S. 5.

Mehr Spielraum für Konsum & Ersparnis

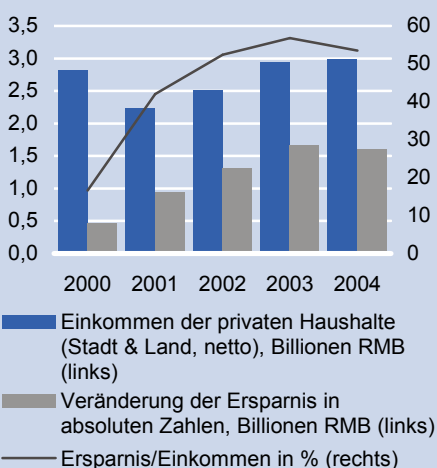
Engel-Koeffizient (Anteil des Einkommens in %, der für Lebensmittel ausgegeben wird)



Quelle: Statistisches Jahrbuch China, 2004

22

Private Haushalte sparen rund 50% ihres Einkommens



Quellen: eigene Berechnungen auf der Grundlage von Bloomberg & CEIC

23

te auch zu einer höheren Kapitalmobilität innerhalb Chinas führen. Insofern ist es dringend erforderlich, Chinas derzeit noch relativ unterentwickelte Finanzmärkte weiter zu fördern.

Da die Entwicklung von Chinas Kapitalmarkt unter anderem bisher durch den Mangel an institutionellen Anlegern gehemmt wurde, ist es als positiv zu bewerten, dass die Regierung im Jahr 2000 einen großen institutionellen Anleger in Form des Nationalen Sozialversicherungsfonds (National Social Security Fund, NSSF) geschaffen hat, der vom Nationalen Rat für den Sozialversicherungsfonds (SSF) verwaltet wird. Diese Initiative soll vor allem einen nationalen, langfristigen strategischen Reservefonds zur Finanzierung künftiger Sozialversicherungsausgaben schaffen. Die Mittel für den Fonds stammen aus Zuweisungen der Zentralregierung (2004: 67%), dem Verkauf staatlicher Anteile (15%), Investitionsrenditen (6%) und Kapital, das in anderer Weise mit Zustimmung des Staatsrats aufgebracht wurde²². Im Jahr 2004 verfügte der Fonds über Mittel in Höhe von RMB 171,1 Mrd., die zu 39% in Bankeinlagen, zu 43% in Staatsanleihen, zu 11% in Aktien und zu 7% in anderen Beteiligungen investiert waren²³.

Darüber hinaus hat die Regierung seit Mai 2004 rechtliche Regelungen für ein „Enterprise Annuity Program“ in Kraft gesetzt, das Anreize für die Arbeitgeber zur Einführung einer betrieblichen Altersvorsorge schaffen soll (im Rahmen der Pläne für eine dritte Säule in der Altersvorsorge, siehe S. 5). Dieses System soll gewinnorientierter ausgestaltet werden; bis zu 30% des Fondsvermögens dürfen in Aktien investiert werden²⁴.

Da in China ein sehr hohes Sparvolumen vorhanden ist, würden auch die Renditen für die allgemeinen Ersparnisse der privaten Haushalte steigen, wenn neue Finanzinstrumente mit höheren Renditen eingeführt würden. Derzeit belaufen sich die angesparten Bestände der privaten Haushalte auf knapp RMB 14 Billionen (ca. 80% des BIP)²⁵, und sie dürften weiter ansteigen. Die verfügbaren Einkommen erhöhen sich, und ein zunehmend geringerer Anteil der Einkommen wird für lebensnotwendige Güter ausgegeben (was sich auch in einem sinkenden Engel-Koeffizienten niederschlägt, siehe Grafik 22). Das dadurch „frei gewordene“ Einkommen wird zum Teil in einen höheren Konsum (von Luxusgütern) fließen, dürfte jedoch zu einem großen Teil auch künftig gespart werden. Tatsache ist, dass die privaten Haushalte im Durchschnitt rund 50% ihres Einkommens sparen (Grafik 23²⁶).

IV. Kein Patentrezept für China

Unsere bisherige Analyse hat gezeigt, dass das Rentensystem in seiner jetzigen Form nicht haltbar ist, sondern dringend reformiert werden muss. Es lässt sich jedoch nur schwer voraussagen, in welche Richtung diese Reformen gehen werden, da Mustervorschläge im Falle Chinas eher nicht greifen.

²² Internetseite des National Council for Social Security Fund (SSF): www.ssf.gov.cn

²³ Internetseite des National Council for Social Security Fund (SSF): www.ssf.gov.cn

²⁴ B. Charles und P. Collins (2005), S. 3.

²⁵ Bloomberg, Stand Ende 2005.

²⁶ Da es sich bei dem Einkommen um eine Flussgröße handelt, wird für den Vergleich zweier Flussgrößen die absolute Veränderung der Ersparnis herangezogen.

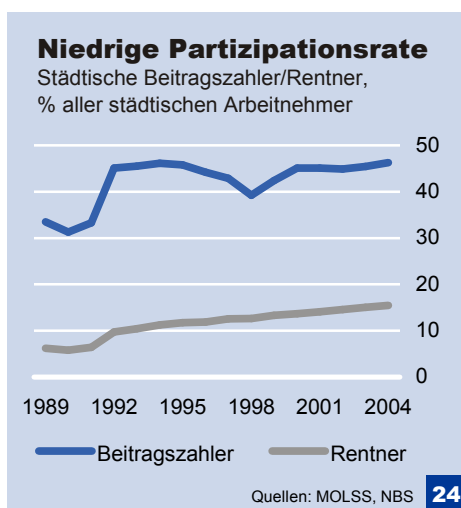
Anhebung des Rentenalters steht im Konflikt mit „Gesundshrimpung“ des Staatssektors

Unsere Analyse führt zu dem Schluss, dass das Rentenalter in China angehoben werden muss. Insbesondere bei Frauen besteht Spielraum für einen solchen Schritt, zumal die Lebenserwartung von Frauen höher ist als diejenige von Männern: Derzeit beläuft sich die Lebenserwartung für die Gesamtbevölkerung auf 72 Jahre, wobei Männer eine Lebenserwartung von 71 und Frauen von 74 Jahren haben²⁷. Angesichts der oben genannten Renteneintrittsalter beziehen Rentner durchschnittlich 11 Jahre lang Rente, Rentnerinnen dagegen etwa 24 Jahre.

Da jedoch in China wohl Millionen von Beschäftigten durch die „Gesundshrimpung“ des Staatssektors ihren Arbeitsplatz verlieren dürften, wäre eine solche Anhebung des Rentenalters politisch schwer durchzusetzen, da sie sich äußerst negativ auf den Arbeitsmarkt auswirken würde. Das Problem wird dadurch verschärft, dass in China jedes Jahr rund 10 Millionen neue Erwerbstätige auf den Arbeitsmarkt drängen und ca. 8 Millionen Menschen in den Städten als arbeitslos registriert sind. Zudem existieren auf dem Land geschätzt mindestens 150 Millionen „überschüssige“ Arbeitskräfte. Zwar dürften bei einem weiteren raschen Wachstum insbesondere im privaten Sektor auf Dauer genügend Stellen für diese Arbeitskräfte geschaffen werden, die Spannungen am Arbeitsmarkt dürften jedoch noch einige Jahre anhalten. Offiziellen Analysen zufolge werden bei einer Steigerung des BIP-Wachstums um 1% über die Mindestrate von rund 7% hinaus etwa 800.000 neue Stellen geschaffen²⁸. Die gegenwärtigen Wachstumsraten von rund 8-10% aufrecht zu erhalten wird jedoch auf Dauer nicht leicht sein. In diesem Kontext dürfte es politisch sehr schwierig sein, das Erwerbsleben zu verlängern. Dennoch ist es sinnvoll, jetzt die Grundlagen für eine beschleunigte Umsetzung einer solchen Reform in späteren Jahren zu legen.

Mangelnde Anreize erschweren die Erhöhung der Partizipationsrate

Die Rentenversicherung gilt überwiegend für staatliche Unternehmen in den Städten, so dass mindestens zwei Drittel der Bevölkerung, die auf dem Land leben, nicht rentenversichert sind. Jüngsten Zahlen des statistischen Amtes (National Bureau of Statistics, NBS) zufolge waren nur 46% der städtischen Arbeitnehmer im Jahr 2004 über das Rentensystem versichert (Grafik 24). Auf dem Land liegt der Anteil bei 11%. Insgesamt beläuft sich die Partizipationsrate für die Erwerbsbevölkerung lediglich auf 23%. Darüber hinaus ist die Basis an Beitragszahlern aufgrund von Stellenabbau bei den Unternehmen und Privatisierungen kleiner geworden²⁹. Diese Entwicklung dürfte sich fortsetzen, da die Belastung der staatlichen Unternehmen durch Sozialversicherungsbeiträge durch die Reformen nicht gesunken ist. Unrealistisch hohe Leistungszusagen verschärfen dieses Problem noch. Insofern sind weitere Umstrukturierungen erforderlich, die zu weiteren Entlassungen und somit zu einem Rückgang der Zahl der Beitragszahler führen dürften.



²⁷ CIA, The World Factbook (2005).

²⁸ People's Daily Online, 20. Februar 2005.

http://english.people.com.cn/200502/20/eng20050220_174065.html

²⁹ V. Chen (2004), S. 15.

Angesichts der geringen Partizipationsrate wäre eine Ausweitung des Rentensystems eine gute Möglichkeit, ein faireres System zu schaffen und die finanzielle Basis zu verbreitern. Ein solcher Schritt könnte sich jedoch negativ auf die Arbeitskosten und somit auch auf die Entwicklung von Löhnen und Beschäftigung auswirken, was wiederum zu Beitragshinterziehung oder Flucht aus dem System führen könnte. Darüber hinaus wäre eine solche Maßnahme unter Umständen nicht leicht durchzusetzen. Eine Erhöhung der Partizipationsrate hängt davon ab, ob die Menschen glauben, dass die Regierung ihre gegenwärtigen Rentenversprechen in der Zukunft im Gegenzug für die derzeit relativ hohen Beiträge erfüllen kann. Einige private Unternehmen haben den Eindruck, dass ihre Beiträge lediglich zur Finanzierung der ungedeckten Verbindlichkeiten der staatlichen Unternehmen verwendet werden³⁰. Zudem verdienen Angestellte im nichtstaatlichen Sektor häufig deutlich höhere Löhne als staatliche Angestellte. Sie zahlen also sehr viel höhere Beiträge, können jedoch lediglich mit einem Rentenniveau von 20% der durchschnittlichen Löhne in der jeweiligen Provinz rechnen.

Herabsetzung des Rentenniveaus / Anhebung der Beitragssätze senkt Vertrauen / steigert Hinterziehung

Rentner, die vor 1997 in Rente gingen, und Beschäftigte, die vor 1997 ihre Arbeit aufnahmen, haben weiterhin Anspruch auf ein Rentenniveau von 75 – 80%³¹. Zusammen wird aus der ersten und zweiten Säule ein Rentenniveau von 58,5% versprochen; unseren Berechnungen zufolge dürften die Renten jedoch deutlich niedriger sein. Eine Senkung des Rentenniveaus unter das versprochene Niveau dürfte das Vertrauen in das System weiter senken und zu einer verstärkten Beitragshinterziehung bzw. Flucht aus dem System führen. Zweitens stellt ein Beitragssatz von 20% (bzw. bei bestimmten Unternehmen noch mehr) bereits eine recht hohe Belastung dar. Eine Anhebung des Beitragssatzes hätte ähnliche Folgen wie eine Senkung des Rentenniveaus: die Anreize zur Hinterziehung bzw. Flucht würden steigen.

Fazit

Chinas Rentensystem ist mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert, die zum einen auf die demografische Entwicklung und zum anderen auf strukturelle Mängel des Systems zurückzuführen sind. Wir haben versucht, Aufschluss über den Umfang des Problems zu geben und mögliche Lösungswege zu beurteilen.

Die üblichen Reformempfehlungen lassen sich aus verschiedenen Gründen nur schwer umsetzen. Unseres Erachtens ist daher als allererster Schritt zur Förderung der finanziellen Tragfähigkeit des Systems vor allem erforderlich, die Transparenz zu erhöhen, das Vertrauen zu steigern und die Kapitalmärkte weiter zu entwickeln. Diese Bedingungen müssen vorhanden sein, damit die Partizipationsquote erhöht werden kann – unseren Szenarien zufolge die beste Zwischenlösung – und die zweite (und dritte) Säule funktionieren können. Daher sollten mittelfristig unseres Erachtens die folgenden Maßnahmen getroffen werden:

1. **Zentralisieren der Rentensystem-Verwaltung:** Ein einheitliches und hoffentlich weniger fragmentiertes System könnte dazu beitragen, Ungleichheiten auszugleichen und die Datenbasis und

³⁰ R. Jackson und N. Howe (2004), S. 3.

³¹ V. Chen (2004), S. 11 ff.

–analyse zu verbessern. Darüber hinaus könnte sich die Führung der Rentenkasse verbessern.

2. **Umwandlung der impliziten Rentenverbindlichkeiten in explizite Staatsverschuldung** und Aufnahme von Mitteln, um die ungedeckten Verbindlichkeiten und die Umstellung auf das angestrebte System zu finanzieren. Dies würde die Transparenz und damit das Vertrauen in das System verbessern und so die Anreize für eine höhere Partizipationsrate steigern. Gleichzeitig bestünde auch die Gelegenheit, eine Notfallreserve für den Fall wirtschaftlicher, demografischer oder externer Schocks zu schaffen. Die erforderlichen Mittel müssten aus verschiedenen Quellen aufgenommen werden, denn eine Finanzierung ausschließlich über staatliche Kreditaufnahme könnte angesichts des steigenden Altenquotienten in den kommenden Jahrzehnten in eine „Schuldenfalle“ führen. Finanzierungsalternativen wären der Verkauf von Staatsvermögen sowie eine Sondersteuer.
3. **Weitere Liberalisierung der Finanzmärkte:** Neue Finanzprodukte mit höheren Renditen und längerer Laufzeit werden benötigt, die sich für Investitionen des Rentensystems anbieten. Eine Reform der Aktienmärkte sowie eine Stärkung der Rolle institutioneller Anleger wären sehr zu begrüßen.
4. **Ausweitung des Finanzierungspools** durch uneingeschränkten Zugang ausländischer Anleger zu den inländischen Kapitalmärkten: Ausländern könnte gestattet werden, inländische Staatsanleihen zu halten und an vereinheitlichten Aktienmärkten anzulegen.

Diese Maßnahmen würden viel dazu beitragen, spezifischere Reformen für das Rentensystem – z.B. eine höhere Partizipationsrate – zu ermöglichen. Unsere Analyse hat gezeigt, dass die demografischen Herausforderungen unmittelbar bevorstehen. Die Zeit für Fortschritte bei der Rentenreform ist mehr als reif.

Tamara Trinh (+49 69 910-31706, ngoc-tram.trinh@db.com)

Anhang 1

Die „eiserne Reisschale“³²

Das Konzept der „eisernen Reisschale“ war von der Gründung der Volksrepublik China bis zur „Politik der offenen Tür“ Deng Xiaopings eines der herausstechenden Merkmale des chinesischen Sozialversicherungssystems. Es stand im engen Zusammenhang mit der zentralen Planwirtschaft, die durch Staatseigentum, lebenslange Beschäftigung, eingeschränkte Mobilität der Arbeitskräfte und Vollbeschäftigung gekennzeichnet war. Der Begriff **„eiserne Reisschale“** – chinesisch: *tiefanwan* – **bezieht sich auf den garantierten Arbeitsplatz in staatlichen Unternehmen oder anderen staatlichen Institutionen** mit allen damit verbundenen Vorteilen, z.B. einer Sozialversicherung einschließlich garantierter Rentenansprüche.

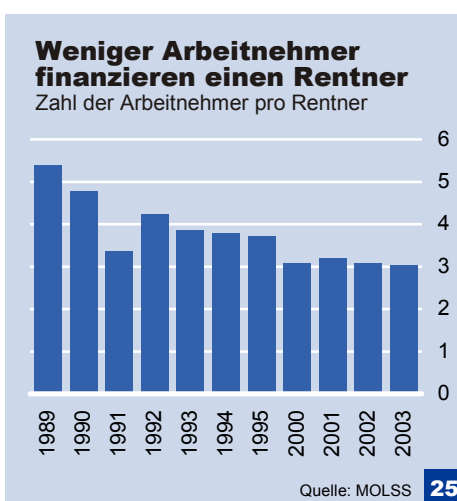
Die Rentenzahlungen wurden ausschließlich aus den betrieblichen Ausgaben des jeweiligen Unternehmens finanziert, ohne Beiträge der Arbeitnehmer. Letztendlich übernahm der Staat als Eigentümer der Unternehmen die Verantwortung für die Finanzierung der Rentenansprüche. Im Zuge der Wirtschaftsreformen erhielten die staatlichen Unternehmen mehr Spielraum, Arbeitnehmer entsprechend ihrem Bedarf einzustellen bzw. zu entlassen. Gleichzeitig stiegen ihre Rentenlasten.

Mit der Zulassung von ausländisch-investierten Unternehmen („foreign invested enterprises“, FIEs) und anderer rechtlicher Unternehmensformen änderte sich die Beschäftigungsstruktur in China. Zahlen des National Bureau of Statistics of China zufolge ging die Zahl der Beschäftigten in staatlichen Unternehmen von 112,6 Millionen im Jahr 1995 auf 67,1 Millionen im Jahr 2004 zurück. Dagegen stieg die Zahl der Arbeitsplätze in privaten Unternehmen von 4,9 Millionen im Jahr 1995 auf 25,5 Millionen im Jahr 2003 und die Zahl der Selbstständigen von 15,6 Millionen auf 23,8 Millionen an. Bis Anfang der 90er Jahre bestand für die beiden zuletzt genannten Gruppen keinerlei Alterssicherung.

Die Sozialleistungen der **eisernen Reisschale** werden als **Wachstumshindernis und Hindernis bei der Umstrukturierung von Staatsunternehmen angesehen**, da es dem System an Anreizen mangelt. Zudem werden die Unternehmen durch die hohen finanziellen Verbindlichkeiten aufgrund der Rentenzahlungen belastet.

Darüber hinaus **hemmt die mangelnde Übertragbarkeit der Leistungen die Mobilität der Arbeitskräfte** – mobile Arbeitskräfte sind jedoch eine der Voraussetzungen für eine Marktwirtschaft. Die Zahl der Angestellten in Staatsbetrieben ist mit rund 27% aller städtischen Beschäftigten (Stand: 2003) weiterhin relativ hoch. Die steigende Anzahl der Rentner führte jedoch dazu, dass sich das Verhältnis zwischen Beschäftigten und Rentnern von 1989 bis 2003 von 5,4 Beschäftigten pro Rentner auf 3 Beschäftigte pro Rentner verschlechterte (Grafik 25).

Seit Mitte der 90er Jahre wurde das System der eisernen Reisschale allmählich durch Regelungen zu Arbeitsverträgen und Entlassungen reformiert.



³² Dieser Beitrag wurde von Steffen Dyck verfasst.

Anhang 2

Das *hukou*-System³³

Seit knapp 50 Jahren ist das **Haushaltsregistrierungssystem** ein typisches Kennzeichen der chinesischen Gesellschaft. Dieses System hat umfassenden Einfluss auf das Renten- und Sozialversicherungssystem sowie auf die derzeitigen Reformbemühungen. Es schränkt den Zugang zum städtischen Sozialversicherungsnetz für Wanderarbeiter ein und trägt zur zunehmenden Ungleichheit zwischen Stadt- und Landbevölkerung bei.

Das System zur Registrierung der Haushalte wurde 1952 eingeführt und 1958 landesweit im Einklang mit den Bestimmungen zur *hukou*-Registrierung in der Volksrepublik China umgesetzt. Dabei wird zwischen Stadt- und Landbevölkerung sowie landwirtschaftlichen und nicht landwirtschaftlichen *hukou* unterschieden.

Die **erste Klassifizierung** findet nach dem so genannten **Ort der *hukou*-Registrierung** (*hukou suozaidi*) statt. Stadtbewohner haben als Mitglieder von Arbeitseinheiten (*danwei*³⁴) Zugang zu Stellen in staatlichen Unternehmen und erhalten Sozialleistungen im Rahmen des Systems der „eisernen Reisschale“, wohingegen Landbewohner an ihre jeweiligen Kommunen gebunden sind³⁵. Somit wird es den Landbewohnern erschwert, eine Beschäftigung in der Stadt zu finden und Zugang zum Sozialversicherungsnetz und dem Rentensystem zu erhalten.

Eine **zweite Klassifizierung**, der **Status der *hukou*-Registrierung** (*hukou leibie*) bezieht sich im Grunde auf landwirtschaftliche bzw. nicht landwirtschaftliche *hukou* und reguliert den Anspruch auf staatlich subventioniertes Getreide sowie Sozialleistungen wie Wohnung, Schulbildung, medizinische Versorgung und Anspruch auf Rentenleistungen. Diese Klassifizierung spiegelt nicht unbedingt die tatsächliche Tätigkeit eines Beschäftigten wider. Das System zur Registrierung der Haushalte diente insgesamt dazu, eine Abwanderung vom Land in die Städte zu verhindern bzw. zu kontrollieren. Es ist zwar nicht unmöglich, aber sehr schwierig, den *hukou*-Status zu ändern (*nongzhuanfei*). Der *hukou*-Status kann auf zwei Wegen geändert werden, einmal regulär und einmal im Rahmen von Sondervorschriften. Regulär ändert sich der *hukou*-Status beim Eintritt in ein staatliches Unternehmen, bei der Einschreibung an der Universität oder beim Eintritt in die Armee. Dies ist darauf zurückzuführen, dass bevorzugt Akademiker auf Kaderposten berufen werden und der militärische Dienst am Vaterland hoch bewertet wird. Außerdem kann sich der *hukou*-Status im Rahmen temporärer Regelungen für bestimmte Gruppen ändern; diese Maßnahmen können jedoch im Zeitablauf unterschiedlich gehandhabt werden. Zudem werden beide Wege durch politische Vorschriften und Quoten reguliert; es gel-

³³ Dieser Beitrag wurde von Steffen Dyck verfasst.

³⁴ Die *danwei* – Arbeitseinheit – diente für jeden Chinesen als Bezugspunkt. Sie bot einerseits den Arbeitsplatz (staatliches Unternehmen, Universität, Krankenhaus usw.) und war andererseits einer der wichtigsten Wege zur sozialen Kontrolle; sie konnte sogar Heiratsgenehmigungen erteilen oder verweigern. In dieser Hinsicht verlor sie seit Beginn der Reformperiode deutlich an Gewicht. Bis heute bezeichnen jedoch die meisten Chinesen ihren Arbeitsplatz als *danwei*, auch wenn sie in Joint Ventures oder ausländischen Unternehmen arbeiten.

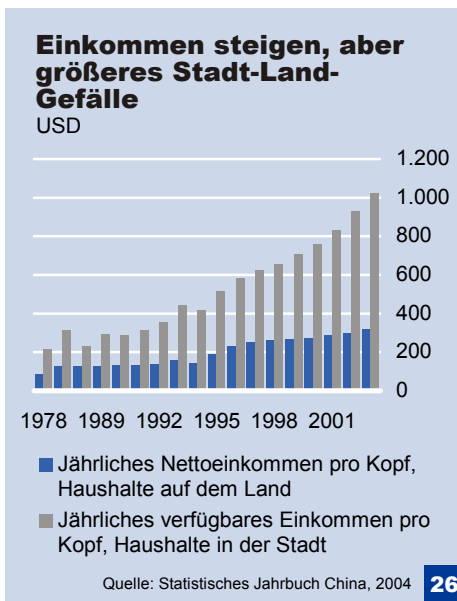
³⁵ Das Kommunensystem der kollektiven Landwirtschaft wurde in den 50er Jahren eingerichtet. Arbeitskräfte und Einkommen wurden zusammengelegt und organisiert, und Kommunen wurden gebildet, um Aufgaben wie umfangreiche Wassersparprojekte, Einrichtung kleiner Fabriken und Produktion von Gütern, Unterstützung von Krankenhäusern und Schulen und Versorgung Alter und Behinderter in der Gemeinschaft zu bewältigen.

ten qualitative Anforderungen für einen Wechsel zwischen einem landwirtschaftlichen und einem nicht landwirtschaftlichen *hukou* sowie quantitative Einschränkungen (Quoten).

Das **veränderte wirtschaftliche Umfeld** im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik ab 1978 machte **auch eine Reform des *hukou*-Systems erforderlich**. Verschiedene Reformschritte wurden umgesetzt, z.B. die **vorübergehende Aufenthaltserlaubnis** (*zanzhu zheng*) im Jahr 1985 und das „blaue“ *hukou* (*lanyin hukou*) im Jahr 1992. Die vorübergehende Aufenthaltserlaubnis galt in der Regel für ein Jahr und konnte verlängert werden. Das „blaue“ *hukou* stand größeren Teilen der Bevölkerung offen und wurde in mehr Städten angewendet. Die Lokalregierungen konnten die Antragskriterien für dieses *hukou* selbst festlegen. 2001 kündigte die Staatliche Entwicklungs- und Planungskommission eine Überarbeitung des Registrierungssystems im Rahmen eines Plans zur Abschaffung der Migrationshemmnisse bis 2006 an. Dieser Reformvorschlag beinhaltete auch die Einführung eines übertragbaren Pensionsfonds für Wanderarbeiter.

Grund für diese Anpassungen ist vor allem die **steigende Nachfrage nach billigen Arbeitskräften** sowie die zunehmende Ungleichheit zwischen Stadt und Land und **steigender sozialer Druck**.

Heute noch führt das chinesische System zur Registrierung von Haushalten zu verschiedenen Einschränkungen, zumal manche Städte nur erwünschte Zuwanderung zulassen oder sogar Pläne angekündigt haben, Teile des alten *hukou*-Systems wieder einzuführen. Dies spiegelt zum Teil die Ablehnung von Wanderarbeitern durch die Stadtbevölkerung und die weiterhin bestehende und sich zuweilen sogar ausweitende Einkommensdifferenz zwischen Stadt und Land wider (Grafik 26).



Anhang 3

Chinas Ein-Kind-Politik³⁶

In den Jahren nach der Gründung der Volksrepublik China verfolgte die kommunistische Partei eine ausnehmend geburtenfreundliche Politik, da viel Wert auf ein reichliches Arbeitskräfteangebot und eine möglichst starke Armee gelegt wurde. Doch **bereits vor der Einführung der Ein-Kind-Politik im Jahr 1979 waren die ungünstigen Auswirkungen des Kinderreichtums auf das Wachstum erkannt** und Maßnahmen zur Verringerung der Geburtenzahlen ergriffen worden. Unter anderem wurde das Mindestalter für die Ehe für Frauen auf 25 und für Männer auf 27 Jahre angehoben. Daher ging die Fertilitätsrate von 1970 bis 1979 bereits von 5,8 auf 2,7 Kinder pro Frau zurück.

Die **Grundregel von Chinas Ein-Kind-Politik** ist recht einfach: **Jedes Paar darf nur ein Kind bekommen**. Es hat jedoch immer **Ausnahmen** von dieser Regel gegeben. Für **Mitglieder** der zahlreichen **ethnischen Minderheiten** (die lediglich 8% der Gesamtbevölkerung ausmachen) galt die Ein-Kind-Politik nicht.

Die Ein-Kind-Politik hat verschiedene Folgen. Einerseits behauptet die chinesische Regierung, sie habe von 1980 bis 2000 rund 250 Millionen Geburten verhindert und so das Bevölkerungswachstum in China erfolgreich eingedämmt. Andererseits hat die Ein-Kind-Politik insbesondere in den weiterhin unterentwickelten, ländlichen Gebieten Chinas zu einer Reihe von Problemen geführt. Da das Kommunensystem durch die Einführung der Reform- und Öffnungsstrategie abgeschafft wurde und bis vor kurzem kein Rentensystem für die Landbevölkerung bestand, stellten Kinder für nahezu alle Bewohner im ländlichen Raum die einzige Altersvorsorge dar. Daraus ergab sich das so genannte „**4-2-1-Muster**“, d.h., ein Kind muss für zwei Eltern und vier Großeltern aufkommen. Des Weiteren wurden **Jungen gegenüber Mädchen vorgezogen**, da Jungen traditionellerweise nach der Heirat in der Familie verbleiben. Dies war sicherlich ein, wenn auch nicht der einzige, Grund für das **unausgeglichene Geschlechterverhältnis zwischen Jungen und Mädchen**. Offiziellen Zahlen zufolge werden 121 Jungen auf 100 Mädchen geboren; im späteren Leben liegt das Geschlechterverhältnis bei 104 zu 100.

Aufgrund der **starken Belastung des Sozialversicherungssystems** begann die chinesische Regierung im Jahr 2001 damit, die **Familienplanungspolitik zu lockern**³⁷. In ländlichen Gebieten ist es nun gestattet, ein zweites Kind zu bekommen, wenn das erste ein Mädchen ist. Wenn beide Eltern Einzelkinder sind, dürfen sie ebenfalls in der Regel bis zu zwei Kinder bekommen. Mit zunehmendem Wohlstand folgen jedoch zahlreiche junge chinesische Paare dem Trend in den Industrieländern und konzentrieren sich zunächst auf ihre Karriere. So tragen sie insbesondere in den wohlhabenden Küstenstädten freiwillig zu einem geringen Bevölkerungswachstum bei.

³⁶ Bei diesem Abschnitt handelt es sich um einen Beitrag von Steffen Dyck.

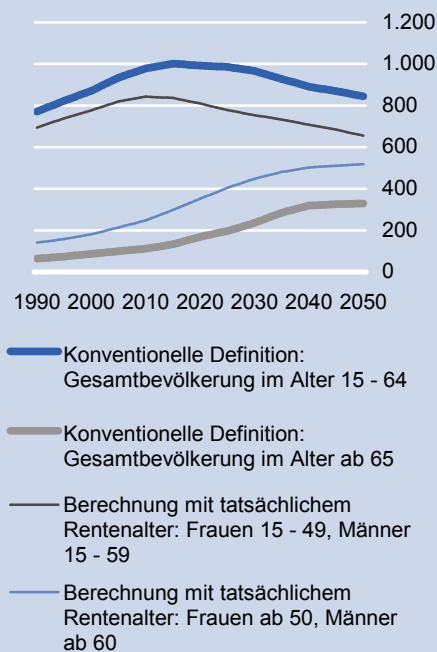
³⁷ Im Dezember 2001 stellte der ständige Ausschuss des Neunten Nationalen Volkskongresses fest, dass die Ein-Kind-Politik im Prinzip weiter fortbestehe, dass jedoch die Regierungen von Provinzen, autonomen Regionen und direkt der Zentralregierung unterstehenden Städten Ausnahmeregelungen erlassen könnten.

Berichten zufolge **erwägt die Regierung eine sehr allmähliche Lockerung der Ein-Kind-Politik**, der zufolge Frauen, die über 35 Jahre alt sind, ab 2010 zwei Kinder bekommen dürfen. Die Altersgrenze soll dann in jedem folgenden Jahr um ein Jahr herabgesetzt werden.

Anhang 4

Eine angepasste Bevölkerungsdefinition...

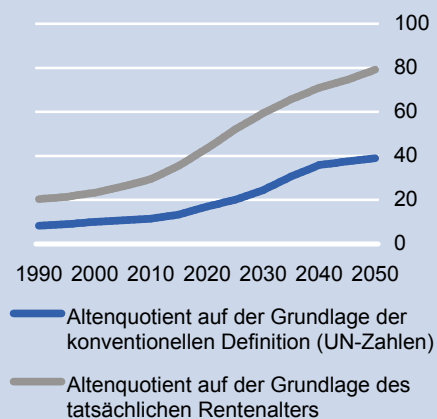
Mio. Personen



Quellen: UN, eigene Berechnungen **27**

... zeigt einen deutlich höheren Altenquotienten

Rentner pro 100 Personen im erwerbsfähigen Alter



Quellen: UN, eigene Berechnungen **28**

Chinas Altenquotient unter Berücksichtigung des tatsächlichen Renteneintrittsalters

Der Altenquotient bildet in der Regel die Beziehung zwischen dem Bevölkerungsteil eines Landes, der arbeitsfähig ist und Geld verdienen kann, und dem Bevölkerungsteil, der nicht mehr arbeiten und sich selbst versorgen kann, ab. Nach der UN-Definition ist der Altenquotient „der Anteil der Bevölkerung im Alter von mindestens 65 Jahren im Verhältnis zur Bevölkerung im Alter von 15-64 Jahren [...] die Zahlen werden als Zahl der Abhängigen pro 100 Personen im arbeitsfähigen Alter (15-64) ausgedrückt.“³⁸

In China werden die Menschen jedoch früher als mit 65 (wie in der UN-Definition) pensioniert. Zudem gelten für Männer und Frauen unterschiedliche Altersgrenzen. Darüber hinaus greifen zahlreiche Ausnahmeregelungen für bestimmte Berufe. Unter der Annahme, dass Frauen mit 50 und Männer mit 60 in Rente gehen, ergibt sich bei einer Aufteilung der Bevölkerung nach diesen Altersgrenzen (d.h. einem arbeitsfähigen Alter von 15-49 Jahren für Frauen und 15-59 Jahren für Männer und einem Renteneintrittsalter von 50 für Frauen bzw. 60 für Männer) ein deutlich anderes Bild als bei der Verwendung der UN-Zahlen. Die Diskrepanz erhöht sich zudem im Zeitablauf.

Da der Zähler (d.h. die Zahl der Rentner) höher und der Nenner (d.h. der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) niedriger ist als bei traditionellen Annahmen (vgl. Grafik 27), liegt der Altenquotient höher als konventionell berechnet (Grafik 28). Dementsprechend ist der Altenquotient angesichts des tatsächlichen Pensionsalters sehr viel höher als weithin angenommen, d.h. auf 100 Personen im arbeitsfähigen Alter kommen mehr Rentner.

³⁸ <http://esa.un.org/unpp/index.asp?panel=7>; eigene Übersetzung.

Literatur

- Bloomberg.
- Bräuninger, Dieter und Bernhard Gräf (2005). Spürbare Rentenlücken trotz Reformen. Deutsche Bank Research. Aktuelle Themen, Demografie Spezial. 12. Januar 2005.
- Charles B. und P. Collins (2005). Pensions in Asia: Potential Becoming Reality. Watson Wyatt. Januar 2005.
- China Internet Information Center. Verschiedene Beiträge.
- China Statistical Yearbook. Verschiedene Themen.
- China Labour Statistical Yearbook. Verschiedene Themen.
- Chen, Vivian Y. (2004). A Macro Analysis of China Pension Pooling System – Incentive Issues and Financial Problem. PIE Working Paper, 2004.
- CIA (2005). The World Factbook 2005.
- Holzmann, Robert, Ian W. Mac Arthur und Yvonne Sin (2000). Pension Systems in East Asia and the Pacific: Challenges and Opportunities. World Bank Social Protection Discussion Paper No. 0014. Country Profile for China. Juni 2000.
- IWF (2004). People's Republic of China: 2004 Article IV Consultation – Staff Report; Staff Statement; and Public Information Notice on the Executive Board Discussion. Country Report No. 04/351. 5. November 2004.
- International Labour Organisation (ILO).
- Jackson, Richard und Neil Howe (2004). The greying of the middle kingdom – The Demographics and Economics of Retirement Policy in China. CSIS. 04/2004.
- Ma, Jun und Fan Zhai (2001). Financing China's Pension Reform. Paper presented at the Conference on Financial Sector Reform in China. J.F. Kennedy School of Government. Harvard University. 11. bis 13. September 2001.
- Ministry of Labour and Social Security (MOLSS).
- National Council for Social Security Fund (SSF). Website: www.ssf.gov.cn
- Sin, Yvonne (2005). China: Pension liabilities and reform options for old age insurance. WP No. 2005-1. World Bank. Mai 2005.
- Xiang Huaicheng (2005). Challenges Confronting National Social Security Fund. Speech at Hong Kong Open University, 2005. Website: www.ssf.gov.cn/enweb/Column.asp?ColumnId=59
- UN Population Division. World Population Prospects: The 2004 Revision. Population Database.

Anhänge

- Chan, Kim Wang und Li Zhang (1999). The Hukou System and Rural-Urban Migration in China: Processes and Changes: <http://csde.washington.edu/downloads/98-13.pdf>
- China News and Reports: <http://www.china.org.cn/english/index.htm>
- The Economist (2001). Government Eases the Rules. 1. September 2001.

- Hung, Yvonne (2004). China's One-Child Policy: Regional Regulation Variation & the Sex Ratio at Birth:
http://www-econ.stanford.edu/academics/Honors_Theses/Theses_2004/Hung.pdf
- Liu Zhiqiang (2005). Institution and Inequality: The *hukou* System in China. *Journal of Comparative Economics*. Vol. 33. Seiten 133-157.
- National Bureau of Statistics of China: <http://www.stats.gov.cn/>
- Standing Committee of the 9th National People's Congress of the People's Republic of China (29.12.2001). *Zhonghua renmin gongheguo renkou yu jihua shengyu fa* (Population and birth planning law of the People's Republic of China).
- World Population Prospects:
<http://esa.un.org/unpp/index.asp?panel=1>
- Zhang Xi: Migration, Household Registration System and Urbanization: <http://mcel.pacificu.edu/aspac/home/papers/scholars/zhang/zhang.php3>
- Zhongguo jingji wang (China Economic Net): <http://www.ce.cn/>
- Zhongguo renkou xinxi wang (China Population Information Net):
<http://www.cpirc.org.cn/>

© 2006. Deutsche Bank AG, DB Research, D-60262 Frankfurt am Main, Deutschland. Alle Rechte vorbehalten. Bei Zitaten wird um Quellenangabe „Deutsche Bank Research“ gebeten.

Die vorstehenden Angaben stellen keine Anlageberatung dar. Alle Meinungsäußerungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers wieder, die nicht notwendigerweise der Meinung der Deutsche Bank AG oder ihrer assoziierten Unternehmen entspricht. Alle Meinungen können ohne vorherige Ankündigung geändert werden. Die Meinungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen von der Deutsche Bank veröffentlichten Dokumenten, einschließlich Research-Veröffentlichungen, vertreten werden. Die vorstehenden Angaben werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Angemessenheit der vorstehenden Angaben oder Einschätzungen wird keine Gewähr übernommen. In den USA wird dieser Bericht durch Deutsche Bank Securities Inc., Mitglied der NYSE, NASD, NFA und SIPC, genehmigt und/oder verbreitet. In Deutschland wird dieser Bericht von Deutsche Bank AG Frankfurt genehmigt und/oder verbreitet, die über eine Erlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht verfügt. Im Vereinigten Königreich wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG London, Mitglied der London Stock Exchange, genehmigt und/oder verbreitet, die in Bezug auf Anlagegeschäfte im Vereinigten Königreich der Aufsicht der Financial Services Authority unterliegt. In Hongkong wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Hong Kong Branch, in Korea durch Deutsche Securities Korea Co. und in Singapur durch Deutsche Bank AG, Singapore Branch, verbreitet. In Japan wird dieser Bericht durch Deutsche Securities Limited, Tokyo Branch, genehmigt und/oder verbreitet. In Australien sollten Privatkunden eine Kopie der betreffenden Produktinformation (Product Disclosure Statement oder PDS) zu jeglichem in diesem Bericht erwähnten Finanzinstrument beziehen und dieses PDS berücksichtigen, bevor sie eine Anlageentscheidung treffen.

Druck: HST Offsetdruck Schadt & Tetzlaff GbR, Dieburg

Print: ISSN 1430-7421 / Internet: ISSN 1435-0734 / E-Mail: ISSN 1616-5640